

## Protokoll der 47. LSK vom 2.-4.Oktober 2009 an der IGS Ludwigshafen-Gartenstadt

Freitag, 02. Oktober 2009

- Beginn der LSK: 18.00 Uhr -

TOP 1: Begrüßung

TOP 2: Grußworte

Grußworte von: Staatssekretärin Vera Reiß, Landeselternbeirat - Sprecherin (Barbara Appel), Schulleitung der IGS Ludwigshafen-Gartenstadt, LSV Hessen (Michel Bietz), LSV NRW (Johannes Struzek), LSV Bayern (Isabel Schmuck)

- Abendessen: 19.00 Uhr -

TOP 3: Wahl des Präsidiums

In das Präsidium werden gewählt:

Präsident/in: Hanna Zoe Trauer (27 Stimmen), Lusalla Nzanza (10 Stimmen), Enthaltung 1  
Hanna Zoe wird Präsidentin.

Protokollant/in: Inga Wellstein (20 Stimmen), Lusalla Nzanza (13 Stimmen), Enthaltung: 4  
Inga Wellstein wird Protokollantin.

Technische Assistent/in: Lusalla Nzanza (Mehrheit auf Sicht, Enthaltung: 1)

Lusalla Nzanza wird technischer Assistent.

TOP 4: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Es wird festgestellt, dass die LSK mit 39 Delegierten nicht beschlussfähig ist (Freitagabend).

TOP 5: Beschluss der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie folgt angenommen: Einstimmige Mehrheit

Freitag:

bis 17.30h Anreise

18.00h Plenum:

- Begrüßung
- Was ist eine LSK?
- Grußworte

19.00h Abendessen

20.00h Plenum:

- Wahl des Präsidiums
- Feststellung der Beschlussfähigkeit
- Beschluss der Tagesordnung
- GO und Abstimmungsverfahren
- Genehmigung des Protokolls der 46.LSK

- Vorstellung der Ämter

Danach: Film, Kulturprogramm, Mitternachtsdiskussion

Samstag:

09.00h Frühstück

10.00h Plenum:

- Vorstellung der AGen

10:30h AGen

12:00h Plenum, Vorstellung der Ergebnisse der AGen

12.30h Mittagessen

13.30h Plenum: Behandlung der Anträge an die 47.LSK

16:00h Kaffee-/Tee-/Saft-Pause

16.30h Plenum:

- Entlastung des Landesvorstands und der Bundesdelegation 08-09
- Wahl des Landesvorstands
- Wahl der Bundesdelegierten
- Wahl des Landesausschuss
- Wahl der EinsteigerInnen-LSV
- Wahl der Lichtblickredaktion
- Wahl der KassenprüferInnen

19.00h Abendessen

20.00h Plenum:

Behandlung der restlichen Anträge, danach Kulturprogramm, Party

Sonntag:

09.00h Frühstück

10.00h Abschlussplenum

12:00h „Flashmopp“

13.00h Aufräumen, Feedbackbögen ausfüllen, Tschüss sagen, Abreise

TOP 6: Erklärung der GO und der Abstimmungsverfahren

GO - Antrag (1) auf Rederecht für Gäste: Dafür: Mehrheit auf Sicht, Dagegen: 4, Enthaltung: 8

→ angenommen

TOP 7: Genehmigung des Protokolls der 46.LSK in Rockenhausen

Änderungsanträge zum Protokoll:

ÄÄ 1: Clara Groß ändern in Clara Goß

→ redaktionelle Änderung angenommen.

ÄÄ2: Rheinland-Pfalz soll anstelle eines kleinen l's ein großes L haben (in RIP).

Wird als allgemein erachtet und deshalb nicht als Änderungsantrag an das Protokoll angesehen.

Das Protokoll wird bei 38 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen → angenommen.

## TOP 8: Vorstellung der Ämter

Vorstellung des Amts Landesvorstandsmitglied durch Jan

Vorstellung des Amts BundesdelegierteR durch Sören

Vorstellung des Amts Landesausschussmitglied durch Steffen

Vorstellung des Amts EinsteigerInnen-LSV- Mitglied durch Ansgar

Samstag, 03.Oktober 2009

- Frühstück: 09.00 Uhr -

## TOP 9: Vorstellungen der Arbeitsgemeinschaften

Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften; folgende AGen finden statt:

AG1 - Eine Schule für alle - länger gemeinsam lernen (Arno Rädler)

AG2 - Behinderte und nichtbehinderte SchülerInnen lernen gemeinsam (H. Liebert)

AG3 - Gesamtschule (Daniel Wagner)

AG4 - Inklusive Schule - Auswirkungen auf Schulstruktur und Unterricht (F. Bronder)

AG5 - Deutscher Nationalismus (Jonas Strassel)

Vorstellung der Ergebnisse aus den Arbeitsgemeinschaften

- Mittagessen: 12.30 Uhr -

GO-Antrag (2): Auch Nicht-Delegierte dürfen GO-Anträge stellen.

Hinweis des Präsidiums: Dies geht nicht bei Geschäftsordnungsanträgen.

GO-Alternativantrag (2.1): Leute, die nicht delegiert sind, haben Rederecht und Antragsrecht zu GO-Anträgen, die den allgemeinen Umgang betreffen.

Dafür: 23, Dagegen: 11 → angenommen

## TOP 10: Behandlung der Anträge an die 47.LSK

Antrag A 0 „Änderung der Geschäftsordnung“ (Antragsteller\_in: Landesvorstand)

Antragstext:

„Ändere Punkt 1. Regularien in

„Ein Mitglied des Landesvorstandes eröffnet die LandesschülerInnenkonferenz unter Einhaltung folgender Ordnung:

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit gem. § 8 der LSV-Satzung

b) Feststellung der Zahl der stimmberechtigten Anwesenden

Bei der ersten LSK im Schuljahr:

c) Wahl des Präsidiums“

Ändere Punkt 2. Präsidium in:

2. Präsidium:

Die LSK wählt aus ihrer Mitte ein Präsidium. Das Präsidium besteht aus der/dem PräsidentIn, und zwei gleichberechtigten StellvertreterInnen, das heißt einem/r ProtokollantIn, einem/r technischen AssistentIn. Zusätzlich wählt die LSK aus ihrer Mitte drei StellvertreterInnen für das Präsidium. Der/die technische AssistentIn ist für die Führung der RednerInnenlisten, Ermittlung der Abstimmungsergebnisse, etc. zuständig. Gewählt ist, wer die einfache Mehrheit aller anwesenden Stimmberechtigten auf sich vereinigen kann. Die Gewählten sind für ein Jahr im Amt. Die Wahl des/der PräsidentIn erfolgt ohne Aussprache. Der/Die

PräsidentIn, oder im Verhinderungsfall der/diejenige seiner StellvertreterInnen, der/die nicht das Amt des/der ProtokollantIn ausübt, leitet die LSK nach Satzung und Geschäftsordnung. In Zweifelsfällen über Satzung und Geschäftsordnung entscheidet der/die PräsidentIn, in grundsätzlichen Fragen entscheidet das Präsidium.

Ändere im Punkt 16. Abstimmungen:

Alt: „(...)Die Beschlußfähigkeit richtet sich nach §9 der Satzung. (...)“

Neu: „(...)Die Beschlussfähigkeit richtet sich nach §8 der Satzung (...)“

**GO-Antrag (3) auf Verlesung des Änderungsantrags:**

Dafür: Mehrheit auf Sicht, Dagegen:6, Enthaltung:1 → angenommen

**Änderungsantrag an A0: Ä1 „Quotierung“ (Antragstellerin: Hanna Zoe Trauer)**

**Antragstext:**

„Einfügen als weitere Änderung an der Geschäftsordnung

Einfügen eines neuen Punktes 6.:

„6. Quotierungen“

a) Quotierung nach Schularten:

Wenn einE DelegierteR dies fordert, sollen alle Wahlen und Diskussionen nach Schulart quotiert werden. Bei Wahlen wird daraufhin jeder Schulart, von der Delegierte vertreten sind und kandidieren, ein Platz zur Verfügung gestellt. In Diskussionen erteilt das Präsidium in quotierter Reihenfolge das Wort.

b) Quotierungen nach Geschlecht:

Wenn einE DelegierteR dies fordert, sollen Wahlen und Diskussionen nach Geschlecht quotiert werden. Bei Wahlen werden daraufhin 50% der Plätze an Frauen und 50% der Plätze an Männer vergeben. In Diskussionen erteilt das Präsidium in quotierter Reihenfolge das Wort.“

GO-Antrag (4): a) und b) getrennt behandeln → angenommen

GO-Antrag (5) zur Schließung der RednerInnenliste: Dafür: 15, Dagegen: 19, Enthaltung: 5

→ abgelehnt

Der Änderungsantrag Ä1 wird zurückgezogen.

**Abstimmung über Antrag A0:**

ja	nein	Enthaltung
38	0	2

→ angenommen

**Antrag A1 „Arbeitsprogramm des Landesvorstands und der Bundesdelegation 2009/10“**

(Antragsteller: Patrick Simon, Steffen Zorn (LA-Sprecher))

**Antragstext:**

„Die LSK möge folgendes Arbeitsprogramm für den Landesvorstand und die Bundesdelegation 2009-10 beschließen:

**Strukturreform der LSV**

• Der Landesvorstand soll dafür sorgen, dass die Umstrukturierung der LSV/GG zu einer SchülerInnenvertretung aller Schularten weiterhin möglichst reibungslos verläuft. Dies bedeutet insbesondere, dass intensiv am Aufbau der Kreis- und Stadt-SVen gearbeitet wird. Dabei sollen bis zur 48. LSK alle 36 Kreis- und Stadt-SVen gegründet sein.

- Bei dem Aufbau soll der Landesvorstand die Aktiven vor Ort durch Mobilisierung, Einladung zu den Treffen, Anwesenheit und Moderation bei konstituierenden Sitzungen (und bei weiteren, wenn nötig), Erstellen von Musterdokumenten für z.B. Satzung, Protokoll, Einladung usw. unterstützen.
- Der Landesvorstand soll zur besseren Kommunikation in den Kreis- und Stadt-SVen die E-Mail-Verteiler moderieren. Auch sollen LaVoMis eingeteilt werden, die Kreis- und Stadt-SVen betreuen.
- Der Landesvorstand soll aus vorhandenen (und gegebenenfalls neu zu erstellenden) Dokumenten eine Publikation erstellen, die Tipps und Hinweise zur SV-Arbeit in Stadt und Kreis bietet. Diese soll auch digital verfügbar sein.
- Der Landesvorstand soll nach Konstituierung einer Kreis- oder Stadt-SV in Zusammenarbeit mit Aktiven vor Ort den Schulträger, das Bildungsministerium, die Landtagsfraktionen und die Öffentlichkeit informieren.

### **SV-Bildung**

- Der Landesvorstand soll darauf hinarbeiten, dass die SchülerInnen durch den Sozialkundeunterricht/alternativ über die VertrauenslehrerInnen über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt werden. Ebenso sollen die Partizipationsmöglichkeiten von SchülerInnen in der Schule aufgezeigt werden. Dies kann durch eine angestrebte gesetzliche Reglementierung erreicht werden.
- Der Landesvorstand soll die Durchführung der bereits geplanten Seminare für SVen und VerbindungslehrerInnen im November 2009 unterstützen und bei der Bewerbung und Organisation helfen.
- Der Landesvorstand soll darauf hin wirken, dass es künftig Fortbildungen für SVen und VerbindungslehrerInnen im Institut für schulische Fortbildung (LfB) gibt. Dafür sollen Gelder aus dem Landeshaushalt bereitgestellt werden und ein Seminarekonzept in enger Zusammenarbeit zwischen LSV, MBWJK und LfB erstellt werden.
- Der Landesvorstand soll sich darum kümmern, dass SVen Seminare zur Weiterbildung angeboten werden. Dabei soll sich auch um eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem SV-Bildungswerk e.V. und dem daran angegliederten „SV-Berater(Innen)“-Projekt bemüht werden.
- Die Kommunikation und der Wissensaustausch unter den SVen in den einzelnen Kreis- und Stadt-SVen soll gefördert werden.
- Der Landesvorstand soll sich um inhaltliche Seminar zu klassischen SV-Themen und darüber hinaus bemühen.

### **Publikationen**

- Der Landesvorstand soll weiterhin mindestens einmal im Monat „SV-Tipps“ über den E-Mail-Verteiler verschicken. Die „SV-Tipps“ leisten den SVen konkrete Unterstützung für die Arbeit an ihrer Schule, indem sie Tipps, Hinweise und Erläuterungen zur SV-Praxis geben. Der Text soll via eMail als PDF-Dokument angehängt werden, was das leichte Ausdrucken und Abheften ermöglicht, und außerdem auf der Homepage veröffentlicht werden.
- Ein Landesvorstandsmitglied soll sich um den Kontakt zur Redaktion des Lichtblicks kümmern und dafür sorgen, dass zwei Ausgaben während der Amtszeit erstellt werden. Dabei soll verstärkt auf die Mitarbeit von SchülerInnen gesetzt werden, die nicht im Redaktionsteam sind, aber Interesse am Schreiben von einzelnen Artikeln haben. Hier soll auch die Möglichkeit der Basisbeteiligung (zum Beispiel in Form von LeserInnenbriefen) gefördert werden.
- Mindestens zwei Mitglieder des Landesvorstandes sollen sich um die Fertigstellung des SV-Handbuchs kümmern. Ihnen steht es dabei frei, weitere ExpertInnen und (Nicht-) SchülerInnen Artikel schreiben zu lassen.
- Der Landesvorstand soll sich um die Produktion von Merchandise kümmern, z.B. Kugelschreiber, Aufkleber, Feuerzeuge, T-Shirts, Spuckis.
- Der Landesvorstand soll weitere wichtige Publikationen fertig stellen, wie z.B. ein allgemeines Faltblatt über die LSV oder Plakate mit Zitaten aus Vorschriften/Gesetzen, die grundlegende Rechte von SchülerInnen erklären.
- Der Landesvorstand soll Rundschreiben zusätzlich zum Postwege auch auf digitalem Wege versenden.

### **Pressearbeit**

- Ein Landesvorstandsmitglied soll dafür sorgen, dass mindestens jeden Monat eine Pressemitteilung zu Themen der LSV und aktuellen Debatten herausgegeben wird. Zu aktuellen Debatten sollen entsprechend mehr PMs veröffentlicht werden.
- Die Pressekonferenzen des MBWJK und anderer Bildungsverbände sollen so oft wie möglich besucht werden.
- Der Landesvorstand soll sich darum bemühen, dass der Kontakt zu den öffentlichen Medien ausgebaut und erweitert wird und Termine und Veranstaltungen der LSV in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.
- Der Landesvorstand soll auch im Bereich der Pressearbeit die Kooperation mit anderen Organisationen und Verbänden suchen und gemeinsam auf Probleme aufmerksam machen, z.B. mit der GEW und dem LEB.
- Der Landesvorstand soll dafür sorgen, dass ein E-Mail-Verteiler eingerichtet wird, über den alle Pressemitteilungen der LSV, sowie wenn möglich Presseartikel, welche die LSV und ihre Arbeit betreffen, weitergeleitet und verteilt werden. Hierbei könnten auch regelmäßige Infos über die aktuelle Arbeit, sowie aktuelle Aktionen verteilt werden.

### **Landesarbeitskreise**

- Der Landesvorstand soll die neu entstehenden LAKe im Aufbau unterstützen und im Rahmen der eigenen Möglichkeiten an Sitzungen und Projekten teilnehmen. Insbesondere sollen BasisschülerInnen zur Mitwirkung in den LAKen motiviert werden.

### **Demokratisierung**

- Der Landesvorstand soll eine Publikation für Schülerinnen und Schüler erstellen, die erklärt und aufzeigt, wo und wie Demokratie in der Schule im Rahmen der momentanen gesetzlichen Bestimmungen möglich ist.
- Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass die Kreis- und Stadt-SVen ein Stimmrecht in den Schulträgerausschüssen erhalten.
- Der Landesvorstand soll weiterhin in der Transfergruppe „Demokratie lernen und leben“ im MBWJK mitarbeiten und engagiert sich beim Ausbau des Netzwerkes demokratischer Schulen.
- Der Landesvorstand soll für die finanzielle Unterstützung des 5. Landesdemokratietages im Herbst 2010 sorgen und engagiert sich inhaltlich bei dessen Vorbereitung.

### **Ganztagsschulprogramm**

- Der Landesvorstand soll den Kontakt zur Servicestelle Jugendbeteiligung sowie der Serviceagentur Ganztägig Lernen in Speyer beibehalten und ausbauen.

### **Bundesebene**

- Die exekutiven Gremien (Landesvorstand und Bundesdelegierte) sollen sich für eine bundesweite Interessenvertretung von SchülerInnen einsetzen. Dies soll in Form eines aktionsbedingten bundesweiten Vernetzungsbündnisses geschehen.

### **Bildungsfinanzierung**

- Der Landesvorstand soll sich weiterhin an der Debatte um Studiengebühren beteiligen und entsprechende Aktionen gegen Studiengebühren organisieren und selbst durchführen.
- Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass das „Kopiergeld“ oder „Mediengeld“, das an Schulen erhoben wird, abgeschafft wird.
- Der Landesvorstand soll sich weiterhin für Lernmittelfreiheit einsetzen.

### **Sommercamp**

- Die LSV soll auch 2010 wieder ein Sommercamp, wenn möglich in Kooperation mit der LSV Hessen, durchführen.

### **Bildungsstreik**

- Die LSV soll zusammen mit anderen Verbänden und Organisationen den Bildungsstreik nachbereiten und weitere Bildungsstreik-Aktivitäten in der Vorbereitung und Durchführung unterstützen.

### **Sexualität**

- Der Landesvorstand soll sich um eine bessere Aufklärung im Allgemeinen, sowie an Schulen im Besonderen bemühen.
- Es soll angestrebt werden, dass sich die Anti-Aids-Stiftung wieder an den LSKen beteiligt und einen Informationsstand aufbaut.
- Mindestens ein CSD in RLP soll von der LSV unterstützt werden.
- Es sollen Projektstage zur sexuellen Aufklärung und zu Aids gefordert werden.

### **Umwelt**

- Der Landesvorstand soll sich stärker um Umwelterziehung bemühen und ausgewählte Projekte unterstützen.

### **Antirassismus**

- Mindestens ein Vorstandsmitglied soll regelmäßig die Treffen des Netzwerks für Demokratie und Courage besuchen.
- Der Landesvorstand soll ausgewählte Demonstrationen und Aktionen gegen Rassismus unterstützen.

### **Datenschutz**

- Der Landesvorstand soll die Entwicklung rund um die (in einigen Bundesländern geplante) Einführung der „SchülerInnen-ID“ verfolgen und eine bundesweite Kampagne mit den anderen LSVen, Elternbeiräten und weiteren KooperationspartnerInnen dagegen durchführen.
- Der Landesvorstand soll auf die Abschaffung von „Pädagogischen Schulnetzwerken“, die Zensur und Kontrolle von SchülerInnen ermöglichen, wie MNS+, hinwirken.
- Der Landesvorstand soll sich weiterhin gegen jegliche datenschutzrechtlich fragliche Aktion in Deutschland aussprechen (wie z.B. die Einführung der einheitlichen Steuernummer, die Vorratsdatenspeicherung, das BND-Gesetz etc.).

### **Ehemaligentreffen**

- Die LSV möge ein Ehemaligentreffen veranstalten

### **Kontakt**

- Der Landesvorstand soll nach Möglichkeit zu folgenden Organisationen Kontakt aufbauen bzw. diesen verbessern:
  - den politischen Organisationen, Verbänden und Parteien
  - dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
  - den LandeschülerInnenvertretungen anderer Bundesländer

- dem Landeselternbeirat/Bundeselternbeirat
- den LehrerInnengewerkschaften und -Verbänden
- der DGB-Jugend
- dem AStA der Universität Mainz und weiteren Studierendenvertretungen
- Der Landesvorstand versendet einmal pro Quartal eine Info-Mail an die oben genannten Verbände und Organisationen und weitere, in der über aktuelle Projekte und die Arbeit der LSV informiert wird.
- Durch den Kontakt zu anderen SV-Bildungsorganisationen soll ein reger Austausch über SV-Bildungsmaßnahmen entstehen. Auch die Durchführung gemeinsamer Projekte (z.B. SV-Seminare) soll angestrebt werden. Dies soll langfristig zur Erarbeitung von SV-Bildungsstandards führen.“

GO-Antrag (6): Verlesung des Antrages. Dafür: 1, Dagegen: Mehrheit auf Sicht → abgelehnt

Änderungsantrag A1:Ä1: (Antragssteller: Julian)

Streichung der Passage „Wenn möglich mit der LSV Hessen“ beim Punkt Sommercamp.

Dafür: Mehrheit auf Sicht, Dagegen: 6 → angenommen

Änderungsantrag A1:Ä2: (Antragssteller: Julian)

Streichung des Punkts „Es soll angestrebt werden, dass sich die Anti-Aids-Stiftung wieder an den LSKen beteiligt und einen Informationsstand aufbaut“ beim Thema Sexualität. (ebenso wie:)

Änderungsantrag A1:Ä3: (Antragssteller: Julian)

Hinzufügen des Punkts „Die LSV soll in Kooperation mit PartnerInnen eine Möglichkeit für Seminare innerhalb der Schule zum Thema Homo-, Bi-, Inter- und Transsexualität schaffen. Das Angebot soll für SchülerInnen und LehrerInnen gelten“ beim Thema Sexualität.

Dafür: Mehrheit auf Sicht, Dagegen: 4, Enthaltung: 2 → angenommen

Änderungsantrag A1:Ä4: (Antragssteller: Philipp)

Hinzufügen der Ergänzung „Die KrSV oder SSV vor Ort entscheidet über die regionale Unterstützung durch das Gremium“ beim Thema Bildungstreik.

Der Änderungsantrag wird angenommen.

Änderungsantrag A1:Ä5: (Antragssteller: Parau)

Streichung des Punktes „Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass das „Kopiergeld“(...) abgeschafft wird“ beim Thema Bildungsfinanzierung.

Der Änderungsantrag wird zurückgezogen.

Änderungsantrag A1:Ä6: (Antragssteller: Jan)

Änderung der Formulierung des Punkts 3 bei „Strukturreform der LSV“ zu:

„Der Landesvorstand soll zur besseren Kommunikation in den Kreis- und Stadt-SVen die E-mail-Verteiler moderieren. Alle LaVoMis sollen Kreis- und Stadt-SVen betreuen und Kontakt halten sowie beratend mitzuwirken.“

Dafür: 20, Dagegen: 7, Enthaltung: 10 → angenommen

GO-Antrag (7) auf Pause nach Abstimmung des Änderungsantrag.

Dafür: 15, Dagegen: 17, Enthaltung: 6 → abgelehnt

Änderungsantrag A1:Ä7: (Antragssteller: Moritz)

Umformulierung des Punktes 2 zu „Der Landesvorstand soll auf die Abschaffung von

Möglichkeiten zur Zensur und Kontrolle von SchülerInnen in Pädagogischen Schulnetzwerken, wie MNS+, hinwirken.“ beim Thema Datenschutz.

Dafür: 17, Dagegen: 12, Enthaltung: 11 → angenommen

GO-Antrag (8): Entfernung aller Glasflaschen aus dem Plenarsaal: Dafür: 5, Dagegen: Mehrheit auf Sicht → abgelehnt

Abstimmung über Antrag A1:

ja	nein	Enthaltung
40	1	0

→ angenommen

GO-Antrag (9) auf Vorziehen des Antrags A3:

Dafür: Mehrheit auf Sicht, Dagegen: 4 → angenommen

Antrag A 3 Antrag ans Grundsatzprogramm „Eingliedriges Schulsystem“

(Antragstellerin: Hanna Zoe Trauer)

Antragstext:

„Die 47. LSK möge folgenden Punkt des Grundsatzprogramms neu beschließen:

### 1.3 Eingliedriges Schulsystem

**Die LSV Rheinland-Pfalz fordert das eingliedrige Schulsystem, um Chancengleichheit und Gleichwertigkeit unter den Schülerinnen und Schülern zu gewährleisten und solidarisches Lernen möglich zu machen.**

Das dreigliedrige, bzw. in Rheinland-Pfalz mehr oder weniger zweigliedrige, Schulsystem, wie wir es in Deutschland vorfinden, ist grundsätzlich nicht mit einer demokratischen Gesellschaft vereinbar. Es trägt massiv zur Spaltung der Gesellschaft bei. Eine Statistik des Statistischen Bundesamtes besagt, dass 68,4 % der SchülerInnen auf den Hauptschulen aus „Arbeiterfamilien“ stammen, jedoch 45 % der Beamtenkinder ein Gymnasium besuchen. Sicher kann man diese Statistiken auf unterschiedliche Weise deuten, deutlich sollte aber werden, dass der Schultyp einen erheblichen Einfluss darauf hat, in welchem sozialen Milieu man sich während der Schulzeit bewegt, sich dies auch auf die Freizeit auswirkt und prägend ist für die spätere Berufslaufbahn. Aufstiegschancen werden durch das dreigliedrige Schulsystem erheblich erschwert.

Empfehlungsschreiben, die in der 4. Klasse, sowie, seit Einführung der „Realschule plus“ in Rheinland-Pfalz erneut und verbindlich nach der 6. Klasse auf kooperativen „Realschulen plus“ gegeben werden, haben einen großen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung des Kindes, obwohl sie sich hauptsächlich an den Deutsch- und Mathenoten orientieren und dabei völlig außer Acht lassen, dass die intellektuelle Entwicklung des Kindes noch lange nicht abgeschlossen ist. Oft ist es aber den Lehrerinnen und Lehrern gar nicht bewusst, dass sie damit nicht nur über den schulischen Werdegang einer Schülerin oder eines Schülers entscheiden, sondern ihren bzw. seinen Lebensweg entscheidend beeinflussen. Mit dem Argument, der besseren Fördermöglichkeiten in drei unterschiedlichen Schulformen, wird das Recht auf Chancengleichheit schon nach der 4. Klasse entscheidend eingeschränkt. Konkurrenzdenken wird gefördert und solidarisches Verhalten zurück gedrängt; jeder versucht, einen Abstieg im dreigliedrigen Schulsystem zu verhindern. Jeder Mensch soll das gleiche Recht auf Bildung haben.

In der Gesamtschule kommt es zu einer Vermischung von kulturellen und sozialen Schichten, was den Schülerinnen und Schülern ein weitgreifenderes Weltbild vermittelt, das auf Erfahrung aufbaut und nicht nur auf Theorie. Wenn die Vielfalt aller Menschen einer Gesellschaft allen zugute kommen soll, so brauchen wir auch eine Schule, in der Vielfalt gelebt werden kann.

In der Gesamtschule können alle Abschlüsse erworben werden und sie bietet die Möglichkeit, das Unterrichtslevel gemäß den Fähigkeiten des jeweiligen Schülerin oder Schülers in einem bestimmten Fach zu wählen, ohne dass gleich ein Schulwechsel erwogen wird, wenn die Schülerin/ der Schüler in einem Fach nicht gut sind. Dadurch, dass die Gesamtschule eine größere SchülerInnenzahl umfasst, ist es einfacher die Fächerspannbreite zu erweitern und die SchülerInnen können sich so ihren Interessen nach besser entfalten. Die Unterrichtsmethoden sind vielfältiger, und man kann sich in der Unterrichtsgestaltung nach der jeweiligen Lerngruppe richten. So kann jede Schülerin und jeder Schüler nach den eigenen Fähigkeiten, Interessen, Stärken und Schwächen besser gefördert werden.

Änderungsantrag A3:Ä0:

Änderung der ersten Zeile in „Das viergliedrige, bzw. in Rheinland-Pfalz mehr oder weniger dreigliedrige(...)“ □ von Antragsstellerin übernommen

Abstimmung über Antrag A3:

ja	nein	Enthaltung
40	0	1

→ angenommen

Restliche Anträge werden verschoben.

GO-Antrag (10): Auf Vorverlegung der Pause um 10 min. → angenommen

- Kaffee-/Tee-/Saft-Pause: 16.00 Uhr -

TOP 11: Rechenschaftsbericht des Landesvorstands und Entlastung des Landesvorstands sowie der Bundesdelegation 2008/09

GO-Antrag (11) auf Entlastung im Block. → abgelehnt

GO-Antrag (12) auf Begrenzung der Redezeit auf 1,5 min. → zurückgezogen

Entlastung Landesvorstand:

Hanna Zoe Trauer: Einstimmig

Alexander Lang: Dafür: Mehrheit auf Sicht Enthaltungen: 4

Cathrin Gernegrohs: Dafür: Mehrheit auf Sicht Enthaltungen: 2

Inga Wellstein: Dafür: Mehrheit auf Sicht Enthaltungen: 3

Jan Theisen: Dafür: Einstimmig

Julian Knop: Dafür: Mehrheit auf Sicht Enthaltungen: 2

Kevin Kirsten: Dafür: Mehrheit auf Sicht Enthaltungen: 4

Matthias Köberlein: Dafür: Einstimmig

Ronja Gestrich: Dafür: Mehrheit auf Sicht Enthaltungen: 3

Sonja Schmahl: Dafür: Mehrheit auf Sicht Enthaltungen: 1

Tabea Maria Weiser: Dafür: Mehrheit auf Sicht Dagegen: 1

Lusalla Nzanza: Dafür: Mehrheit auf Sicht Dagegen: Enthaltungen: 1

GO-Antrag (13): 5 Minuten Feierpause für den Landesvorstand.

Dafür: Mehrheit auf Sicht, Dagegen: 5 → angenommen

Entlastung der Bundesdelegierten:

Lucas Macher: Dafür: Mehrheit auf Sicht Enthaltungen: 2

Joana Müller: Dafür: Mehrheit auf Sicht Enthaltungen: 6

Sören Götz: Dafür: Mehrheit auf Sicht Enthaltungen: 3

Freddi Servatius: Dafür: 18 Dagegen: 0 Enthaltungen: 14

Clara Goß: Dafür: 6 Dagegen: 3 Enthaltungen: Mehrheit auf Sicht

Alle Mitglieder des Landesvorstands und der Bundesebene wurden entlastet.

TOP 12: Wahlen zum Landesvorstand

Es werden Cathrin, Steffen und Emma zum Wahlausschuss gewählt.

GO-Antrag (14) auf Befragungsrunde der KandidatInnen zum Landesvorstand. → angenommen

Es kandidieren: Patrick Simon, Philipp Bodewing, Marlene Schmahl, Lea Knoitz, Paul Reinert, Alex Pflieger, Lisa Cichuttek, Luisa Budras, Lukas Stemler, Felix Rahm, Matthias Heimberger, Damla Erbektas

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:

- Patrick Simon 28 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen: Nimmt die Wahl an.
- Philipp Bodewing 25 Ja-, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen: Nimmt die Wahl an.
- Marlene Schmahl 22 Ja-, 4 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen: Nimmt die Wahl an.
- Lea Konitz 13 Ja-, 11 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
- Paul Reinert 31 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen: Nimmt die Wahl an.
- Alex Pflieger 20 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen: Nimmt die Wahl an.
- Lisa Cichuttek 7 Ja-, 13 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen
- Luisa Budras 21 Ja-, 7 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen: Nimmt die Wahl an.
- Lukas Stemler 16 Ja-, 7 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen: Nimmt Wahl an.
- Felix Rahm 29 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen: Nimmt die Wahl an.
- Matthias Heimberger 5 Ja-, 22 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen
- Damla Erbektas 24 Ja-, 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen: Nimmt die Wahl an.

GO-Antrag (15) auf Abbrechung der Befragung von Philipp, da er selbst nicht antworten kann:  
Dafür: Mehrheit auf Sicht, Enthaltungen: 5 → angenommen

GO-Antrag (16) : Schließung der RednerInnen-Liste: → angenommen

GO-Antrag (17) auf Beschränkung der Redezeit auf 3 Sätze. → zurückgezogen.

Somit sind gewählt:

Philipp Bodewing  
Patrick Simon  
Marlene Schmahl  
Paul Reinert  
Alex Pflieger  
Luisa Budras  
Felix Rahm  
Damla Erbektas  
Lea Konitz  
Lukas Stemler

### TOP 13: Wahlen zur Bundesdelegation

Es kandidieren: Tabea Maria, Hayaan, Philipp, Ansgar, Julian, Inga

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:

- Inga Wellstein 31 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen; nimmt Wahl an.
- Julian Knop 30 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen; nimmt Wahl an.
- Ansgar Martins 24 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen; nimmt Wahl an (stellv.)
- Philipp Möller 27 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen; nimmt Wahl an (stellv.)
- Hayaan Nur 25 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen; nimmt Wahl an (stellv.)
- Tabea Maria Weiser 21 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen; nimmt Wahl an.

GO-Antrag (18): Personalbefragung. → angenommen

GO-Antrag (19): Schließung der RednerInnen-Liste. → angenommen

Somit sind gewählt:

Tabea Maria Weiser  
Hayaan Nur  
Philipp Möller  
Ansgar Martins  
Julian Knop  
Inga Wellstein

GO-Antrag (20) auf Öffnen der Fenster. → angenommen

### TOP 14: Wahlen zum Landesausschuss

Es kandidieren: Leon, Jamina, Lusalla, Manfred, Ronja, Jan, Jana, Hanna, Kevin, Vincent, Sonja, Raphael

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:

- Leon Schwedler 29 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Jamina Diel 27 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Lusalla Nzanza 26 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Manfred Olesch 27 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Ronja Gestrich 28 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Jan Theisen 29 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Jana Noe 30 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Hanna Zoe Trauer 27 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Kevin Kirsten 28 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Vincent Jaenisch 27 Ja-, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Sonja Schmahl 29 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Raphael Menke 28 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.

Somit sind gewählt:

Leon Schwedler  
Jamina Diel  
Lusalla Nzanza  
Manfred Olesch  
Ronja Gestrich  
Jan Theisen  
Jana Noe  
Hanna Zoe Trauer  
Kevin Kirsten  
Vincent Jaenisch  
Sonja Schmahl  
Raphael Menke

## GO-Antrag (21) auf Fortsetzung der Behandlung der LSK-Anträge. → angenommen

### Antrag A 2, Leitantrag zur 47.LSK „Eine Schule für alle - die Gemeinschaftsschule (Antragsteller: Landesvorstand)

#### Antragstext:

„Die Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler Rheinland-Pfalz setzt sich, unter dem Stichpunkt „Eine Schule für alle“, für die Entstehung einer Gemeinschaftsschule ein. Hier sollen mit starker individueller Förderung Schülerinnen und Schüler verschiedenen Alters und verschiedener Begabungen miteinander zusammen lernen.

Vor allem betrifft dies auch Schülerinnen und Schüler so genannter Förderschulen. Eine Trennung wie im bisherigen mehrgliedrigen Schulsystem findet nicht mehr statt.

Das deutsche Schulsystem teilt seit jeher auf. Es teilt Schülerinnen und Schüler nach Alter, angeblicher Leistungsstärke, ja sogar nach sozialer Herkunft und Einkünften der Eltern oder Erziehungsberechtigten ein. Das Schulsystem ist dabei nicht einmal ein dreigliedriges, oftmals findet eine weitere Differenzierung statt. So hat auch die Förderschule, ehemals Sonderschule genannt, in Deutschland eine lange Tradition. Schülerinnen und Schüler, die scheinbar mehr Hilfe benötigen, Schülerinnen und Schüler mit körperlichen und geistigen Einschränkungen, werden hier hin abgesondert. Hiermit entgeht ihnen nahezu jegliche Chance, in unserer Gesellschaft ein vollwertiges Mitglied zu werden. Auch die Schulform, die eigentlich integrieren sollte, die Gesamtschule, tut dies nicht vollkommen. Äußere Leistungsdifferenzierung ist auch hier an der Tagesordnung und lässt innerhalb eines Systems eine Hierarchie entstehen. Verbesserungen werden in den Integrierten Gesamtschulen erzielt, besser als das Lernen in einer Regelschule ist das Lernen und Zusammenarbeiten in einer Integrierten Gesamtschule allemal. Allerdings sind auch hier Verbesserungen in Bezug zum Thema „Eine Schule für alle“ zu erzielen.

In Rheinland-Pfalz ist die Differenzierung besonders stark, vor allem für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die auf eine Förderschule geschickt werden. Hier hat Rheinland-Pfalz deutschlandweit eines der differenziertesten und am weitesten ausgebauten Systeme: Förderschulen für Menschen mit „Lernbehinderungen“, für Schülerinnen und Schüler mit geistigen Behinderungen und Schulen für verschiedenste körperliche Einschränkungen bietet das rheinland-pfälzische Schulsystem. Dies zeigt: Aufteilen ist die besondere Stärke des Schulsystems vor Ort. Eine starre Altersdifferenzierung findet darüber hinaus ebenso statt. Lernstand, Lernfortschritt, persönliche Entwicklung und Wünsche werden vernachlässigt, Schülerinnen und Schüler werden starr nach ihrem Alter abgefertigt. Individuelle Förderung sieht anders aus.

Die verschiedenen PISA-Studien, aber auch empirische Forschungen verschiedenster anerkannter BildungswissenschaftlerInnen in Deutschland, zeigen deutlich auf, dass der Weg, den Deutschland geht, weltweit nicht nur einmalig ist, sondern auch schlecht. Es bedarf keiner Diskussion mehr, ob das Schulsystem der Bundesrepublik ungerecht ist und Chancengleichheit im Keim erstickt – dies sind Fakten. Der Weg, den junge Menschen in der Schule nehmen, wird oftmals nicht mal von der Grundschule vorbestimmt, sondern von der Herkunft der Schülerinnen und Schüler. Weisen diese von vornherein Merkmale auf, die für das dreigliedrige Schulsystem nicht „normal“ sind, findet eine sofortige Aussonderung statt. Die vierjährige Grundschule unterstützt diesen Verlauf weitgehend. Nach der vierten Klasse werden junge Menschen anhand fragwürdiger Ergebnisse in Leistungstests und der Willkür von Beobachtungen einer Person einer Schulform zugewiesen. In der neuen Realschule+ ist die Empfehlung nach dem 6. Schuljahr sogar Zwang, hier kann Schülerinnen-, Schüler- oder Elternwille nicht mehr entscheiden.

Diese Entwicklung führt zu dem allseits bekannten Problem, dass vielen Schülerinnen und Schülern Perspektiven und ein Weg in die Mitte der Gesellschaft verwehrt werden. Bildung findet hier nicht zum Wohl der Schülerinnen und Schüler, des einzelnen Individuums statt, sondern zur Befriedigung einer altertümlichen, nach Klassen getrennten Denkweise.

Entgegen einer weit verbreiteten Meinung führt die Differenzierung des Schulsystems nicht dazu, dass Schülerinnen und Schüler individueller gefördert werden. Eine Verkleinerung der heterogenen Masse in mehrere „kleine Massen“ sorgt nicht dafür, dass diese der Homogenität näher kommen. Es zeigt nur augenscheinlich einen leichten Weg auf, Schülerinnen und Schüler in großen Klassen einfach unterrichten zu können, ohne viel Wert auf Individualität und persönliche Förderung und Entwicklung zu legen. In Wahrheit werden Schülerinnen und Schüler so nicht optimal gefördert, oftmals bleiben die Schülerinnen und Schüler unter ihren Leistungen, unter dem, was sie sogar selbst leisten möchten. Die Motivation vieler Schülerinnen und Schüler wird zerstört. Schülerinnen und Schülern von Haupt-, Real- und Realschulen+ werden schlechte Zukunftsaussichten gegeben, auch hier werden Schülerinnen und Schüler wieder gleichgeschaltet. Auf Gymnasien verlieren Schülerinnen und Schüler oftmals den Blick für Menschen, die außerhalb dieses Systems leben, die sozialen Kompetenzen werden zerstört. Außerdem zeigt sich das System Gymnasium schlecht darin, Schülerinnen und Schüler auf ein Leben im Beruf vorzubereiten. Schülerinnen und Schüler, die kein Abitur erreichen oder erreichen möchten, sind hier einer denkbar schlechten Förderung unterzogen.

Allen Schularten gemein ist die Aberziehung von Selbstbestimmung und eigenständigem Handeln. Weiterhin haben alle Schularten die unzureichende Förderung sozialer Kompetenzen gemein. Lernen mit der Vielfalt von Menschen umzugehen, lernen, dass Menschen verschieden sind, verschiedene Bedürfnisse haben, und verschieden behandelt werden müssen, das geht unter. Der Blick für andere soziale Milieus wird von der Schullandschaft in Deutschland versperrt.

Eine Schulart, in der alle Schülerinnen und Schüler lernen - unabhängig von sozialer Herkunft, Einschränkungen, Alter und Wissensstand - führt zur Behebung vieler der genannten Probleme. Deutschland ist hier auch im internationalen Vergleich hinterher, oftmals sogar Schlusslicht. Ziel muss es sein, eine Schule zu schaffen, die alle Schülerinnen und Schüler besuchen können. Eine Schule, in der verschiedene Abschlüsse unter einem Dach erworben werden können. Eine Schule, in der die Schülerinnen und Schüler voneinander und miteinander lernen, ein Aspekt, der nur aufgrund der Heterogenität einer Gruppe richtig funktionieren kann. Die Vielfalt und die Unterschiede, die Menschen haben, sollten nicht, wie es zurzeit stattfindet, als negativ aufgefasst werden; es muss als Chance wahrgenommen werden, Toleranz, Offenheit und Vielfalt zu lernen. Die Lernfähigkeiten, die Schülerinnen und Schüler untereinander haben, müssen dafür anerkannt werden. Hierbei muss auch gesehen werden, dass Schülerinnen und Schüler

unterschiedlichen Alters miteinander und auch voneinander lernen können. Ebenso muss eine wirkliche individuelle Förderung stattfinden, was nötigenfalls nur durch mehrere Lehrerinnen und Lehrer zu bewerkstelligen ist. Ein Kostenaufwand, der sich durch Reduzierung unnötiger Trennung und Aussonderung sowie die Abschaffung des Sitzenbleibens decken lässt.

Aus diesem Grund setzt sich die Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz unter dem Stichwort „Eine Schule für alle“ für die Einrichtung einer Schulform, in der Schülerinnen und Schüler ohne äußere Leistungsdifferenzierung zusammen, bei individueller, persönlicher Förderung lernen können, ein. Insbesondere Schülerinnen und Schüler, die bisher eine Förderschule besuchen müssen, sollen in dieser Gemeinschaftsschule lernen können. Hier soll eine vollständige Inklusion stattfinden, ohne in der Schule entstehende „Ersatz-Förderschulen“.

Dabei soll die Gemeinschaftsschule Schülerinnen und Schüler von der Frühförderung, über die Grundschulzeit, bis hin zur Berufsreife sowie Mittleren Reife führen. Das Erreichen des Abiturs soll darüber hinaus auch möglich sein.

Darüber hinaus ist es ein Ziel für die Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler Rheinland-Pfalz, dass die neu zu gründende Schulform „Gemeinschaftsschule“ langfristig das vorhandene, mehrgliedrige Schulsystem ersetzt. Die Schulformen Grundschule, Förderschule, Realschule+ und Gymnasium, als Fernziel auch die Integrierte Gesamtschule, sollen durch die „Gemeinschaftsschule“ ersetzt werden. Die Bildung von Berufsabschlussbezogenen Schulen (BBSen), sowie Oberstufenzentren soll möglich bleiben.

Schule muss erkennen, dass jeder Mensch für sich individuell ist, dass somit jeder Mensch für sich gefördert werden muss, und dass dies durchaus in „Einer Schule für alle“ gelingen kann.“

GO-Antrag (22) auf Nicht-Befassung. Dafür: 6, Dagegen: 18, Enthaltung: 4 → abgelehnt

GO-Antrag (23) auf 2. Stellungnahme von RednerInnen. Dafür: Mehrheit auf Sicht → angenommen

Abstimmung über Antrag A2:

ja	nein	Enthaltung
26	2	0

→ angenommen

GO-Antrag (24) auf Festlegung der Schließung des Plenums um 23.00 Uhr:

Dafür: 5, Dagegen: Mehrheit auf Sicht, Enthaltung: 1 → abgelehnt

TOP 15: Wahlen zur EinsteigerInnen-LSV

Es kandidieren: Jannis Deisinger, Laura Klein, Karin Mang, Kevin Kirsten, Marie Keil, Katharina Ruß

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:

- Jannis Deisinger 25 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Laura Klein 24 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Karin Mang 24 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Kevin Kirsten 25 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Marie Keil 28 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Katharina Ruß 29 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.

Somit sind gewählt:

Jannis Deisinger

Laura Klein

Karin Mang

Kevin Kirsten

Marie Keil

Katharina Ruß

TOP 16: Wahlen zur Lichtblickredaktion

Es kandidieren: Marie Bach, Jannis Deisinger, Hanna Zoe Trauer, Inga Wellstein, Emma Harlow, Benita Braun, Sebastian Gräber, Matthias Köberlein

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:

- Marie Bach 26 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
- Jannis Deisinger 24 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
- Hanna Zoe Trauer 24 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
- Inga Wellstein 26 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
- Emma Harlow 26 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
- Benita Braun 26 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
- Sebastian Gräber 27 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
- Matthias Köberlein 27 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.

Somit sind gewählt:

Marie Bach  
Jannis Deisinger  
Hanna Zoe Trauer  
Inga Wellstein  
Emma Harlow  
Benita Braun  
Sebastian Gräber  
Matthias Köberlein

GO-Antrag (25) auf Schließung der RednerInnenliste.

Dafür: 14, Dagegen: 8, Enthaltung: 3 → angenommen

TOP 17: Wahlen zum Kassenprüfer/zur Kassenprüferin

Es kandidieren: Philipp Möller, Hayaan Nur

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:

- Philipp Möller 24 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
- Hayaan Nur 24 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.

Somit sind gewählt:

Philipp Möller  
Hayaan Nur

- Abendessen: 19.00 Uhr -

GO-Antrag (26) auf Schließung des Plenums: Dafür: 15, Dagegen: 12, Enthaltung: 0

Das Plenum wird geschlossen!

- gemeinsames Abendprogramm -

Sonntag, 28. September 2008

- Frühstück: 09.00 Uhr -

## TOP 18: Abschlussplenum, Behandlung der restlichen Anträge

### Antrag A 5 „Kopftuchverbot“ (Antragsteller: Julian Knop)

#### Antragstext:

„Die LSV spricht sich gegen ein Kopftuchverbot aus, lehnt darüber hinaus aber weiterhin die Vermischung von Religion und Schule ab, wie sie zum Beispiel in Form von Gottesdiensten oder Religionsunterricht gegeben ist.“

#### Änderungsantrag A5:Ä1:

Antragsteller: Jan und Matthias

Umformulierung „Die LSV spricht sich generell gegen religiöse Symbolik an Schulen aus. Verbote, die sich auf einzelne Religionsgruppen beziehen (z.B. das Kopftuchverbot) lehnt die LSV jedoch ab“

→ von Antragssteller übernommen

#### Abstimmung über Antrag A5:

ja	nein	Enthaltung
26	0	1

→ angenommen

Treffen der ordentlichen Delegierten zur 47.LSK

GO-Antrag auf Vertagung aller von der 46.LSK vertagten Anträge.

Die Anträge der 46.LSK werden auf der 48.LSK besprochen.

### Antrag A 4 „Mehr als nur Chancengleichheit“ (Antragstellerin: Hanna Zoe Trauer)

#### Antragstext:

„Die LandesschülerInnenvertretung übt Kritik am Begriff der Chancengleichheit. Diese wird momentan verstärkt gefordert, ist aber weder in Rheinland-Pfalz noch in Deutschland im Bildungssystem gegeben.

Obwohl dies wünschenswert wäre, geht bloße Chancengleichheit der LandesschülerInnenvertretung nicht weit genug. Bei der Forderung nach dieser wird suggeriert, dass alles in Ordnung wäre, wenn allen SchülerInnen die gleichen „Chancen“ hätten, sich zu entwickeln, gebildet zu werden und ihre Ziele zu erreichen.

Gerade die hohen Zahlen an SchülerInnen ohne Abschluss in Rheinland-Pfalz (Stand 2009: 3600 SchülerInnen verlassen jedes Jahr die Schule ohne irgend einen Abschluss) zeigen, dass es nicht genügt, zu versuchen, SchülerInnen zur gleichen Zeit das Gleiche beizubringen. Gleichheit ist somit in der Bildung ein verfehelter Begriff. Schließlich ist es von der persönlichen Situation des Einzelnen abhängig, ob er oder sie es schafft, die Chancen, die gegeben werden, auch wahrzunehmen.

Auch vom Begriff der Chancengerechtigkeit distanziert sich die LandesschülerInnenvertretung deutlich. In diesem Begriff ist die Idee enthalten, dass es irgendwie messbar wäre, wie viele Chancen eine Person verdient hat und somit „gerechter“weise zugestanden bekommt.

Chancen sind kein knappes Gut, das in irgendeiner Form gerecht oder gleich verteilt werden müsste. Die LandesschülerInnenvertretung spricht sich dafür aus, jede Person nach ihren Wünschen optimal und lebenslänglich zu fördern. Dass einige dabei mehr Förderung als andere bedürfen und andere selbstständiger lernen, liegt auf der Hand. Ein gerechtes Bildungssystem gibt jedem Menschen zu jedem Zeitpunkt alle Chancen, die er oder sie sich wünscht.“

#### Abstimmung über Antrag A4:

ja	nein	Enthaltung
19	0	1

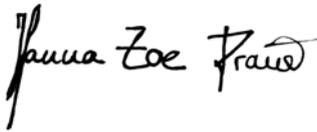
→ angenommen

TOP 20: Sonstiges

Keine weiteren Anliegen.

- Ende der LSK: 11.30 Uhr -

Für die Richtigkeit:



(Hanna Zoe Trauer)  
Präsidentin



(Inga Wellstein)  
Protokollführung



(Lusalla Nzanza)  
Techn. Assistent